

DER SONNTAG SOLL EIN FEIERTAG BLEIBEN

Klare Entscheide der Delegierten der EVP Schweiz: mit jeweils deutlicher Mehrheit lehnten sie die Änderung des Arbeitsgesetzes wegen der drohenden Sonntagsarbeit ab und hiessen die Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» gut.

VON NIKLAUS HARI

Zum Auftakt erklärte Nationalrat Heiner Studer (EVP, AG), dass er sich bereits während der Beratungen zur GenLex im Nationalrat für ein Moratorium eingesetzt habe. Da das Parlament diesen Kommissionsantrag aber abgelehnt habe, sei die entsprechende Volksinitiative lanciert und eingereicht worden. Alle drei EVP-Nationalräte hätten dem Initiativkomitee angehört und sich für weitere Abklärungen während dem fünfjährigen Moratorium stark gemacht.

Johannes Randegger (FDP, BS) appellierte hingegen, den Forschungsplatz Schweiz mit der Initiative nicht unnötig zu schwächen. Dieses Argument fand aber kein Gehör. Die Delegierten fassten mit 80 zu 32 Stimmen die JA-Parole zur Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft.»

Den Sonntag erhalten

Anschliessend versuchte Urs Schlegel, Chef SBB Immobilien, die Anwesenden für ein Ja zur Änderung des Arbeitsgesetzes (Ladenöffnungszeiten in den Zentren des öffentlichen Verkehrs) zu gewinnen. Die SBB engagieren sich schon seit geraumer Zeit mit dem Slogan «Reisen, Einkaufen, Essen: Ihr Bahnhof. 365 Tage für Sie da.» für



Walter Kienast setzt sich für den arbeitsfreien Sonntag ein.

ein Ja zur Vorlage. Dem hielt Walter Kienast, Detaillist und Präsident der EVP Winterthur entgegen, der Überlebenskampf sei im Detailhandel schon hart genug. Würde man den einen erlauben, an sieben Tagen der Woche offen zu haben, würde dadurch kein Franken mehr ausgegeben. Die Einkäufe würden einfach über die ganze Woche verteilt. Überdies sei es ein Zeichen von Lebensqualität, wenn der Grossteil der Bevölkerung am Sonntag frei habe und Zeit bekomme - für sich selbst, für die Begegnung mit anderen Menschen, für die Begegnung mit der Natur und schliesslich für die Begegnung mit Gott. Die Delegierten teilten Kienasts Ansicht. Äusserst

deutlich (96 zu 14 Stimmen) fassten sie die Nein-Parole zur Ausweitung der Sonntagsarbeit.

Resolution gegen die Armut

An der Bettagskonferenz der EVP Schweiz vom 17. September 2005 formulierte EVP-Nationalrat Heiner Studer in seinem Referat zur weltweiten Armutsbekämpfung sieben konkrete Forderungen an die Politik. Diese wurden in Liestal von den Delegierten in Form einer Resolution unter dem Titel «Globale Armutsbekämpfung: Sieben Forderungen an die Politik» verabschiedet (für eine redaktionell bearbeitete Fassung siehe den Bericht über die Bettagskonferenz auf Seite 6).

KOMMENTAR

Die Vogelgrippe ist in aller Munde. Vergessen ist das erst ein paar Tage zurückliegende Erdbeben in Pakistan mit Zehntausenden von Toten. Auch der Hurrican «Katrina» scheint schon Jahre her, weil bereits «Wilma» die nächste Verwüstung gebracht hat. Und wer spricht denn noch vom Jahrhundert-Tsunami in Südostasien? Die Berichterstattung über die Naturkatastrophen hat im vergangenen Jahr gar jener über den islamistischen Terror den Rang abgelaufen.

Betrachtet man diese Geschehnisse vor dem Hintergrund der Bibel, kommt einem schnell das Stichwort «Endzeit» in den Sinn. Parallelen zur Gegenwart kommen z.B. in Lukas 21.25 klar zum Ausdruck: «Angst und schreckliche Ratlosigkeit beherrschen die Menschen, weil Sturmfluten und Katastrophen über sie hereinbrechen.»

Es gibt zwei Reaktionen, wie wir als Christen damit umgehen können: entweder wir resignieren und ziehen uns zurück aus dieser bösen und verlorenen Welt oder wir glauben daran, dass trotz aller Schlechtigkeit das Reich Gottes schon heute Wirklichkeit werden kann, wo Christen aus der Kraft Gottes heraus dienen. Als EVP haben wir deshalb die Aufgabe, christliche Werte über eine menschliche Politik unentwegt in die Gesellschaft einfliessen zu lassen, um dadurch mit göttlicher Hoffnung und Zuversicht die menschliche Angst und Ratlosigkeit zu überwinden.

Joel Blunier, Generalsekretär EVP

Herrliche Zeiten?

Herrliche Zeiten brechen an! Bald können wir - so das Stimmvolk will - auch am Sonntag unserem scheinbar wichtigsten Lebensinhalt frönen und «schoppen». Richtig einkaufen, wohlverstanden. Nicht nur ein paar Brötchen und die fehlende Tube Senf für den Sonntagsbraten. Sondern auch den neuen Stubenteppich, den Video-Recorder, einen Home-Trainer oder als «Schnäppchen» zwei Kehrichtkübel zum Preis von einem.

Wie dies das Familienleben aufwertet! Statt zur Kirche, auf den Sportplatz oder mit dem Velo ins Grüne nun die Sonntagsfahrt zur «Rail City» in Zürich, Bern oder wo auch immer die SBB ihre guten alten Bahnhöfe zu hochmodernen Einkaufstempeln umfunktioniert. Zwar fehlen da noch ein paar Parkplätze. Aber die wird die Bahn auch noch hinkriegen. Damit Familie Schweizer mit ihrem Grosseinkauf bequem nach Hause kommt.

Wie werden wir nach solch sonntäglicher Einkaufs-Glückseligkeit am Montag mit Elan in die neue Woche starten! Ausgeruht, seelisch gestärkt, die sozialen Kontakte vertieft, den Kopf gelüftet? Dumm nur: das Portemonnaie ist dünn geworden. Macht nichts; wir haben ja für die ganze Woche eingekauft und müssen bis zum nächsten Sonntag kaum noch etwas im Quartier oder im Dorf posten.

Dort wird wohl dem einen oder anderen Geschäft der Umsatz fehlen und der Schnauf ausgehen. Macht auch nichts, am nächsten Sonntag geht's wieder ins «Rail City». Und bald gibt's den Sonntagseinkauf noch näher: Die «gewöhnlichen» Einkaufszentren und Läden werden nicht zusehen wollen, wie das Geld in die Bahnhöfe abwandert. Sie werden durchsetzen, dass auch sie sonntags offen halten können. Überall und jederzeit.

Wir gehen herrlichen Zeiten entgegen. Wirklich?



Ruedi Aeschbacher
Präsident EVP Schweiz

«Sie meinen die Kampagne, die wegen der Abstimmung im November läuft? Wollen Sie Werbematerial bestellen?»

Ein Mitarbeiter der SBB am Telefon auf die Frage, wer für die Kampagne «täglich willkommen» verantwortlich sei, mit der überdeutlich - obwohl die Abstimmung unerwähnt bleibt - für ein Ja zur Sonntagsarbeit geworben wird: «Reisen, einkaufen, essen: Ihr Bahnhof. 365 Tage für Sie da.»

«Das ist eine reine Imagekampagne. Wir werden keine Abstimmungskampagne führen auf den Bahnhöfen.»

Danni Härry, Leiter der SBB Medienstelle, im Telefongespräch zur gleichen Kampagne.

EINZAHLUNGSSCHEIN

Dürfen wir Sie bitten, mit dem beiliegenden Einzahlungsschein den Abonnementsbeitrag 2006 fürs «akzente» in der Höhe von CHF 15.00 einzuzahlen. Für die Mitglieder der EVP ist das «akzente» im Zentralbeitrag inbegriffen; dennoch steht es Ihnen selbstverständlich frei, das «akzente» auf diesem Weg mit einer Spende zu unterstützen!

PAROLEN DER EVP

gefasst am 29. Oktober in Liestal
von der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz

Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» **JA**

Änderung des Arbeitsgesetzes (Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs) **NEIN**

INHALT

**Verschärftes Asylgesetz:
Die Haltung der EVP-Nationalräte** **3**

**Volksabstimmung:
Sonntagsarbeit und Gentechnologie** **4**

**Pro und Kontra:
Zwei EVP-Meinungen zur Kinderbetreuung** **5**

**Bettagskonferenz:
Mitfühlen mit den Armen dieser Welt** **6**

**Aus den Kantonen:
Wahlen in den Kantonen Aargau und Bern** **7**

LAZARUS VOR DER TÜR

Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) erklärt die Haltung der EVP-Nationalräte zur Revision des Asylgesetzes.

VON NIKLAUS HARI

Walter Donzé, wie lautet Dein Gesamturteil zum Asylgesetz?

Walter Donzé: Die Mehrheit des Parlamentes wie auch des Volkes will, dass das Asylgesetz nicht für einen Aufenthalt aus wirtschaftlichen Gründen missbraucht werden kann. Das kann ich nachvollziehen. Die Berichterstattung in den Medien hinterlässt den Eindruck, die Linke sei humanitär, die Mehrheit blind dem Blocher-Kurs gefolgt. Diese Einschätzung ist falsch. Wir EVP-Vertreter können hinter der Gesetzesänderung stehen, auch wenn SP und Grüne ein Referendum erzwingen.

Das beste Gesetz nützt nichts, wenn der Vollzug nicht klappt.

Ja, Hauptproblem bleibt die Rückführung. Der Druck aus der Bevölkerung ist gross, die Bereitschaft der Herkunftsländer zur Kooperation klein. Noch immer haben wir keine Lösung für die Menschen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten: zu diesen «Sans Papiers» zählen auch untergetauchte Asylbewerber. Mein Vorschlag einer vertieften individuellen Prüfung nach vier Jahren illegalem Aufenthalt unter Berücksichtigung der Integration, der Familienverhältnisse und der Zumutbarkeit einer Rückkehr hatte im Ständerat leider keine Chance. Aber es ist für einen Rechtsstaat doch unhaltbar, wenn Zehntausende schwarz arbeiten, ohne Recht und Versicherung sind, keine Beiträge ins Sozialversicherungssystem zahlen, ihre Kinder in die Schule schicken, aber keine Steuern zahlen. Das Problem muss angegangen werden!

Mit anderen Verbesserungsanträgen warst Du erfolgreicher.

Ja, zum Beispiel sind Härtefälle neu im Ausländergesetz geregelt: die Kantone können entsprechende Anträge stellen, nicht die Betroffene



EVP-Nationalrat Walter Donzé (BE)

nen selber. Weiter hat Bundesrat Blocher auf mein Drängen versprochen, in Zukunft auch die nichtstaatliche Verfolgung als Asylgrund zu anerkennen. Hierzu ist keine Gesetzesänderung notwendig. Bei der Nothilfe hat der Rat die folgende Lösung gefunden: sie wird nicht verweigert, aber nur auf Ersuchen gewährt. Eine Streichung der Nothilfe bei Renitenz oder Nichtkooperation ist indessen nicht möglich. Schliesslich hielt das UNHCR die Formulierung des Ständerats für ungenügend, wonach eine Weg- oder Ausweisung nur dann unzumutbar sei, wenn eine Person «in ihrer Existenz gefährdet ist.» Ich konnte mich mit meiner Formulierung «wenn sie konkret gefährdet ist» durchsetzen.

Wieso haben die Vertreter der EVP gegen die humanitäre Aufnahme gestimmt?

Es war absehbar, dass die humanitäre Aufnahme keine Chance haben würde. Wir haben uns deshalb für die Verbesserung der vorläufigen Aufnahme eingesetzt: Bei dieser fehlt vor allem das Recht auf den Familiennachzug. Das war eine wichtige Forderung der Kantone.

Du hast die Räte aufgefordert, an den Lazarus vor der Tür zu denken.

Das neue Asylgesetz schliesst die Tür für jene, die aus Armutsgründen unterwegs sind. Das heisst, dass wir diesen Menschen in ihren Heimatländern helfen müssen!

Zahlreiche Vorstösse der EVP-Nationalräte

Schwerpunkte der Herbstsession waren neben dem Asylgesetz die Stromversorgung, sowie das Radio- und Fernsehgesetz. Trotz intensivem Programm wehrte sich Parteipräsident Ruedi Aeschbacher (ZH) gegen die Beschneidung des Verbandsbeschwerderechts durch den Ständerat: Die nun während Jahren geschürten Emotionen hätten der sonst so besonnenen «chambre de réflexion» den Verstand vernebelt. Anders sei nicht zu erklären, wie dieses kostengünstige und effiziente Instrument zur Durchsetzung des Umweltrechts habe eingeschränkt werden können. Nun hofft Aeschbacher, dass der Nationalrat die nötige Korrektur noch anbringen wird.

Forderungen Studers anlässlich der Bettagskonferenz der EVP

Nationalrat Heiner Studer (AG) machte mit seinen an der Bettagskonferenz der EVP gestellten Forderungen an die Politik ernst: Mit einer Motion lädt er den Bundesrat ein, die Steuerhinterziehung im Strafgesetzbuch zum Vergehen zu erklären. Dieser Schritt würde zur notwendigen, gezielten Öffnung des Bankgeheimnisses führen. Zweitens fragt Studer den Bundesrat in einer Interpellation an, in welchem Fahrplan er den schweizerischen Beitrag an die Entwicklungszusammenarbeit auf 0.7 Prozent des Bruttoinlandproduktes zu erhöhen gedenke. Schliesslich fordert Studer den Bundesrat auf, die Kriterien für die Herstellung, Vermittlung, Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial äusserst restriktiv zu handhaben.

Weitere Vorstösse von Studer sind: eine parlamentarische Initiative zur Einführung der Verfassungsgerichtbarkeit (und damit die Wiederaufnahme eines alten Anliegens von Otto Zwygart) sowie die Forderung nach einer klar ablehnenden Haltung des Bundesrates gegenüber weiteren Ausbauwünschen der A1 am Baregg.

Höhere Zigarettenpreise

In einer Motion lädt Nationalrat Walter Donzé (BE) den Bundesrat ein, die Tabaksteuer spürbar zu erhöhen: «Neben Zigaretten sollen auch Schnittabak und eventuell Zigarettenpapier in die Besteuerung einbezogen werden.» Noch immer raucht ein Drittel der Schweizer Bevölkerung und verursacht pro Jahr und Einwohner Kosten von ungefähr 700 Franken. Die Schweizer Tabakpreise sind im Vergleich mit dem umliegenden Ausland noch immer tief.

Da sich der Bundesrat wenig motiviert zeigt, das Problem der «Sans Papiers» anzugehen, will ihm Donzé mit einer Interpellation einen Anstoss geben: Für welche Kategorien illegal Anwesender müsste ein Aufenthaltsstatus geschaffen werden, und unter welchen Bedingungen? Schliesslich fühlt Donzé den SBB in einer Anfrage bezüglich ihrer nicht als solcher deklarierten Abstimmungskampagne auf den Zahn: Was kostet die Kampagne? Wie haben sich Unternehmen im Staatsbesitz bei Abstimmungen zu verhalten?

Wolf und Wildtiere

Aeschbacher will in der Tierschutzverordnung die artgerechte und tierfreundliche Haltung von Wildtieren neu geregelt haben. Den Status quo bezeichne selbst das Bundesamt für Veterinärwesen als an der Grenze zur Tierquälerei. Aeschbacher will weiter den Wolf in der Berner Konvention weiterhin als streng geschütztes Tier aufgeführt haben und zeigt sich erstaunt über den Rückstufungsantrag des Bundesrates. Schliesslich will Aeschbacher wissen, ob die Empfänger der nächtlichen Extrapost des neuen Harry-Potter-Bandes mit einem kostendeckenden Portozuschlag belangt worden seien, oder ob alle anderen Postkunden die Kosten dieser Spezialzustellung mitzutragen hätten.

So allerlei Grüsse

EVP ist für mich das eindrücklichste Label einer Partei in der ganzen Parteienlandschaft: Evangelisch - Partei - vom und für das Volk.

Oder doch nur Jamaica?

Das EVP-Grundlagenprogramm bezieht sich auf das Evangelium. Ginge es «nur» um konfessionelles Gewicht und Gegengewicht, wäre auch das etwas, aber zu wenig. Jamaica liess grüssen.

Das Kreuz mit der Bergpredigt

Nach Bismarck kann man mit ihr den Staat nicht regieren. Gewiss, ohne Kreuz und erlebte Kraft des Evangeliums kann niemand lernen, nach ihr zu leben. So wenig, wie ein Maulwurf je fliegen kann. Dennoch: Evangelium und Bergpredigt lassen sich nicht trennen.

Als Bundesrat Leuenberger der Zürcher Street Parade für ihr demonstratives Sosein gratulierte, musste er von uns hören, das Evangelium spreche eine ganz andere Sprache. Er wehrte ab mit Matthäus 7,1-5: «Richtet nicht, auf dass ihr nicht gerichtet werdet!» Als ich den Pfarrerssohn erinnerte, dass er den letzten dramatischen Vers vergesse - Sie können Vers 6 nachlesen - liess er mich freundlich grüssen.

«Gott» langt nicht

Auch wenn er laut Statistiken bald einmal in aller Munde ist. Selbst bei Spitzensportlern, Schlagersternchen - und, wohl selten genug, bei Politikern. Beim Übervater einer Partei kann er schon mal «dä daobe» heissen. Das kann Grosses bedeuten, oder auch wenig und nichts. Selbst die Berufung auf den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs langt nicht. Evangelisch heisst theo- und christozentrisch. Nach Luther meint dies «was Christus treibt».

Ich möchte Sie grüssen: Seien Sie für das Volk! Nehmen Sie Partei! Seien Sie evangelisch!

Jakob Zopfi, alt-Präsident der Schweizerischen Pfingstmission

NEIN ZUM ARBEITSGESETZ

Walter Kienast, Präsident der EVP Winterthur, erklärt, weshalb er als Gewerbetreibender, Familienvater und EVP-Mitglied gegen die Änderung des Arbeitsgesetzes ist.

VON WALTER KIENAST,
PRÄSIDENT EVP WINTERTHUR

Mit den 10 Geboten hat Gott den siebten Tag der Woche zum Ruhetag erklärt. Später hat Jesus seinen Jüngern erlaubt, am Sonntag Ähren zu essen; hat er selber am Sonntag Kranke geheilt. So wie ich die Bibel lese, glaube ich, dass Gott dieses Gesetz um des Menschen willen geschaffen hat. Das Sonntagsgebot ist ein Geschenk Gottes an die gesamte Schöpfung.

Situation eines Detaillisten

Der Detailhandel ist einem totalen Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Auf der einen Seite beobachten wir die Expansion von Grossverteilern, Filialisten, Tankstellenshops und Bahnhofläden, auf der anderen Seite einen drastischen Umsatzrückgang bei den Geschäften in den Quartieren.

Das Umsatzvolumen wird mit einer Liberalisierung der Sonntagsverkäufe nicht grösser. Wer am Sonntag Kleider oder Schuhe kauft, braucht diesen Einkauf unter der Woche nicht mehr zu machen.

Lage der Arbeitnehmenden

Warum sind die meisten vollzeitlichen Verkäuferinnen und Verkäufer und deren Gewerkschaften gegen die Vorlage? Heute sind im schweizerischen Detailhandel vier verkaufsoffene Sonntage erlaubt. Wenn also ein Geschäft seine Mitarbeitenden am Sonntag arbeiten lassen will, hat es ihnen mindestens einen Zuschlag von fünfzig Prozent zu geben. Das Fehlen im neuen Gesetz von jeglichem Überzeitzuschlag oder einer Kompensation zeigt, dass mit einer solchen Änderung der Sonntagsverkauf zur Regel würde und damit längerfristig ein Zuschlag wegfällt. Eine Liberalisierung würde mehr Teilzeitstellen schaffen, jedoch Vollzeit- und Lehrstellen vernichten.

Gesellschaftliche Folgen

Aus gesellschaftspolitischer Sicht ist es eine grosse Errungenschaft, dass rund neunzig Prozent der Erwerbstätigen ihren freien Tag am Sonntag erleben können. Es ist ein Zeichen der Lebensqualität, wenn am Sonntag weniger Lärm verursacht wird und weniger Hektik aufkommt. Die meisten Menschen haben damit die Chance, Abstand von ihrem beruflichen Alltag zu nehmen - Zeit zu haben, für sich selbst, für die Begegnung mit Anderen, für die Begegnung mit der Natur - für die Begegnung mit Gott. Dieser gemeinsame Ruhetag stärkt die Gemeinschaft und sorgt für einen

Mehrwert an Lebensqualität, welcher eine gewisse Einschränkung der Konsummöglichkeiten mehr als aufwiegt. Leider ist die Befürchtung ernst zu nehmen, dass bei einer Annahme der Vorlage ein Domino-Effekt entstehen würde und eine totale Liberalisierung kaum mehr aufzuhalten wäre. Der Ständerat hat den Bundesrat bereits beauftragt, ein entsprechendes Gesetz auszuarbeiten. Ich glaube aber, dass es zumutbar ist, wenn die Privilegierten, welche am Sonntag frei haben, auf die totale Konsumfreiheit verzichten zugunsten derjenigen Verkäuferinnen und Verkäufer, welche am Sonntag zur Arbeit gehen müssten.

GENTECHNOLOGIE

JA ZUM MORATORIUM

Heiner Studer bejaht die Gentechnfrei-Initiative. Er hat für ihre Anliegen bereits im Parlament gekämpft.

VON HEINER STUDER, NATIONALRAT

Anfangs 2004 trat die GenLex (Gesetz über die Gentechnologie im Ausserhumanbereich) in Kraft. Weil es der Kommissionsantrag (damals von mir als Sprecher vertreten) für ein fünfjähriges Moratorium nicht ins Gesetz schaffte, wurde eine entsprechende Volksinitiative lanciert und eingereicht. Dem Initiativkomitee gehören alle drei EVP-Nationalräte an.

Die Volksinitiative will, dass die schweizerische Landwirtschaft für die Dauer von fünf Jahren nach Annahme der Verfassungsbestimmung gentechnikfrei bleibt. Insbesondere dürfen nicht eingeführt werden:

a. gentechnisch veränderte, vermehrungsfähige Pflanzen, Pflanzenteile und Saatgut, welche für die landwirtschaftliche, gartenbauliche oder forstwirtschaftliche Anwendung in der Umwelt bestimmt sind,

b. gentechnisch veränderte Tiere, welche für die Produktion von Lebensmitteln und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen bestimmt sind.

Ein Moratorium würde bei Konsumentinnen und Konsumenten im In- und Ausland die Nachfrage nach Schweizer Landwirtschaftsprodukten positiv beeinflussen. Es würde die Gewissheit vermitteln, dass in der Schweiz Lebensmittel ohne gentechnisch veränderte Organismen erzeugt werden. Die fünfjährige Frist könnte für weitere Abklärungen und Forschung genutzt werden.

Andere wichtige Grundsätze sind in der GenLex berücksichtigt: So müssen die Warenflüsse von gentechnisch veränderten und nicht veränderten Organismen getrennt werden, damit keine Verunreinigungen entstehen können. Die gentechniefreie Produktion ist zu schützen und die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten zu sichern.

WER SOLL UNSERE KINDER BETREUEN?

Beim Thema Kinderbetreuung gehen die Meinungen in der EVP auseinander: Was soll Aufgabe des Staates sein, was in den Familien geschehen? Margrit Wälti, Henggart und Beat Schmid, Menznau (beide EVP) vertreten nachfolgend ihre Standpunkte.

VON MARGRIT WÄLTI

Der Begriff «familienergänzend» beinhaltet, dass die primäre Verantwortung für die Kinderbetreuung bei der Familie liegt und dass ein Teil der Familien zur Erfüllung ihrer Betreuungsaufgaben Ergänzung nötig hat. Hier einige Punkte, warum die Gesellschaft diese wichtige Aufgabe leisten muss.

1. Kinder sind keine Privatsache. Die Gesellschaft ist auf Nachwuchs angewiesen. Sie muss ein Interesse daran haben, dass Kinder geboren werden und es ihnen und ihren Eltern gut geht.

2. Durch unterstützende Betreuungsangebote können Eltern die Rollenteilung nach ihren Gaben und beruflichen Möglichkeiten einteilen. Die Gleichstellung der Frauen in der Arbeitswelt wird verbessert.

3. Die Eltern können dadurch ihre berufliche Qualifikation besser erhalten und verbessern, weil sie nicht vollständig aus dem Arbeitsprozess ausscheiden müssen. Dadurch können höhere Familieneinkommen erzielt werden und die Gefahr finanzieller Notlagen und der Familienarmut wird verringert.

4. Grossfamilien sind nur noch vereinzelt vorhanden. Die Sozialisierung der Kinder in Familien mit ein oder zwei Kindern ist beschränkt. Kinder brauchen einen grösseren gesellschaftlichen Rahmen.

5. Vor allem Kinder aus sozial benachteiligten oder kulturfremden Verhältnissen werden nachhaltiger integriert und kommen dadurch zu besseren Schulleistungen.

6. Wenn die Gemeinden in familienergänzende Strukturen investieren, holen sie sich dadurch Einsparungen im Bereich Sozialhilfe und Sonderschulung ein. Es geht nicht

an, dass sich nur gut verdienende Eltern eine ausserfamiliäre Kinderbetreuung leisten können, weil die Gemeinden keine Beiträge sprechen. Es ist darum wichtig, dass der Bund eingreift, wenn die Gemeinden ihre Aufgaben nicht genügend ernst nehmen.

7. Die Entscheidung für Kinder führt oftmals in die Armut. Darum braucht es weitere Massnahmen, damit das Armutsrisiko gedämmt werden kann. Dazu gehören unter anderem: Tagesschulen, Kinderkrippen, Tagesfamilien, Mittagstische, steuerliche Erleichterungen und Ergänzungsleistungen. Die Kosten vieler dieser Angebote sollen nach Einkommen abgestuft werden.

8. Nicht zuletzt soll die Arbeitswelt vermehrt Teilzeitstellen für Männer und Frauen zulassen, damit Familien, die ihre Kinder ohne staatliche Hilfe betreuen wollen, sich organisieren können.

Margrit Wälti ist Mutter von vier Töchtern und elffache Grossmutter.

VON BEAT SCHMID

Die lautstarke Forderung nach Krippen, Tagesschulen und Früheinschulung muss aus folgenden Gründen kritisch hinterfragt werden:

1. Es geht um einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Gesellschaft. Das Gedankengut der «Neuen Linken», der «Feministischen Bewegung» und der «Sexuellen Revolution» hat zu einem Wertewandel geführt, der das christliche Familienbild radikal in Frage stellt. Weniger verbindliche Formen des Zusammenlebens werden propagiert und die Prägung der nächsten Generationen soll immer mehr von staatlichen Institutionen übernommen werden.

2. Lassen wir doch die Kinder entscheiden! Sie würden sich statt einer familienexternen Betreuung ein Zuhause in ihren Familien wünschen. Das ursprüngliche Modell der Familie verwirklicht immer noch am besten wichtige sozialpädagogische

Prinzipien: konstante Beziehungen zu den Bezugspersonen, Geborgenheit in einem übersichtlichen Lebensraum, Aufmerksamkeit für das einzelne Kind, eine Fokussierung auf nur eine Erziehungsmethode und die Vermittlung der eigenen kulturellen und religiösen Werte.

3. Die staatlich finanzierte Förderung von Krippen und Tagesschulen ist unsozial und ungerecht gegenüber denjenigen Eltern, welche die eigenen Kinder selbst betreuen. Diese verzichten auf ein Doppelleinkommen, erhalten keine Mutterschaftsentschädigung und müssen die Betreuung der Kinder von Doppelverdienern mitfinanzieren!

4. Die flächendeckenden Tagesstrukturen hätten Kosten in der Höhe des gesamten Primarschulwesens zur Folge. Geld, welches viel besser in Form von Kinderrenten und Ergänzungsleistungen direkt den Eltern (inkl. Alleinerziehende) zu gute käme. Zusammen mit diesem Beitrag würde ein Einkommen (aus einem oder zwei Löhnen zusammengesetzt) zur Existenzsicherung genügen. So hätten die Eltern die Kapazität, die Betreuung ihrer Kinder selbst wahrzunehmen.

5. Mit Krippen und Tagesschulen wird die Bereitschaft zu mehr Kindern nachweislich nicht grösser, im Gegenteil! Gemäss Familienbericht 2004 nehmen heute doppelt so viele Haushalte familienergänzende Kinderbetreuung in Anspruch wie 10 Jahre zuvor. Trotzdem - oder vielmehr gerade deshalb! - ist die Geburtenrate massiv gesunken. Meistens wird mit Beruf und Familienhaushalt den Müttern eine enorm stressige Zweifachbelastung aufgebürdet. Die katastrophale Folge: 2001 wurden dreimal so viele Ehen geschieden und Familien zerbrochen wie 1970.

6. Kindergerechter und viel kostengünstiger als Krippen und Tagesschulen sind Betreuungsangebote durch Tagesmütter und -väter. Dadurch kann auch die nachbarschaftliche Solidarität zum Tragen kommen und den Tagesmüttern und Tagesvätern ein Nebenverdienst ermöglicht werden.

Beat Schmid ist Vater von sechs Kindern, Hausmann und Theologe.



Wer betreut unsere Kinder? Szene aus einem Langlaufalager in Italien.

DIE ARMUT UND WIR

Die Bettagskonferenz der EVP Schweiz zum Thema «Herausforderung Armut. Engagiertes Christsein in einer unfairen Welt.» ging unter die Haut.

VON NIKLAUS HARI

Zum einen sind es die Fakten, die aufrütteln: täglich sterben 24 000 Menschen aus Armutgründen, die Kindersterblichkeit südlich der Sahara beträgt 20 Prozent, 1,4 Milliarden Menschen sind ohne Zugang zu sauberem Wasser, wie Markus Meury, Koordinator der Kampagne StopArmut 2015 ausführte. Zum andern ging unter die Haut, wie breit sich die EVP als politische Partei mit dem Thema Armut auseinandersetzt.

Zur Einleitung las Pfarrer und EVP-Kantonsrat René Steiner aus Olten die allerersten Worte, die Jesus in der Öffentlichkeit sprach: «Ich bin gekommen, um den Armen eine gute Botschaft zu bringen.» Nach-

dem Pfarrer Hansjürg Labèr daran erinnert hatte, dass wir alle nackt auf die Welt kommen und sie auch wieder so - materiell gesehen also arm - verlassen, rief Prof. Dr. Christoph Stückelberger dazu auf, die Emotionen im Kampf gegen die Armut zuzulassen. Einer Wirtschaft des Nicht-Genug oder sogar des Zuviel müsse eine Wirtschaft des Genug für alle entgegen gestellt werden. Wie Armutsbekämpfung praktisch werden kann, erläuterten Oberstin Ines Adler von der Heilsarmee und Robert Roth, Gründer und Leiter der JobFactory in Basel.

«Ob Delegierter des IWF oder persönlicher Tröster auf dem Müllberg - Armutsbekämpfung ist und bleibt eine Frage der Herzenshaltung» betitelte Dr. Markus Zimmerli sein Referat und rüttelte damit die

Zuhörerinnen und Zuhörer auf. Da stand Zimmerli, Mitglied des Direktoriums der Schweizer Nationalbank, vor dem Publikum und zeigte sich tief bewegt über die Armut in der Welt. Während seiner Zeit als Delegierter des Internationalen Währungsfonds in Kirgisien hätten seine lokalen Partner jeweils sehr genau gemerkt, wer wirklich am langfristigen Wohl des Landes interessiert war. Das Herz müsse stimmen, anders sei die Armut nicht zu bewältigen. Zum Schluss formulierte EVP-Nationalrat Heiner Studer seine Forderungen an die Politik (siehe Kasten), bevor sich die Referenten und die Referentin dem Publikum in einer abschliessenden Diskussions- und Fragerunde stellten. Mit einem gemeinsamen «Vater Unser» schloss die Konferenz.



Markus Meury, Robert Roth, Ines Adler, Moderator Andrea Vonlanthen, Christoph Stückelberger, Markus Zimmerli und Heiner Studer stellen sich den Fragen des Publikums.

Armutsbekämpfung

7 Forderungen an die Politik von EVP-Nationalrat Heiner Studer.

1. Die Schweiz erhöht ihre Entwicklungshilfe auf 0.7 Prozent des BIP und berücksichtigt dabei christliche Hilfswerke.
2. Die Schweiz erlässt den Entwicklungsländern die öffentlichen Schulden.
3. Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass Entwicklungsländer ihre Landwirtschaft im Rahmen der WTO-Vereinbarungen mit Zöllen schützen dürfen.
4. Die Schweiz erlässt eine Geldwäschereigesetzgebung, welche den Transfer von Geldern illegaler Herkunft und von Potentatengeldern in die Schweiz wirksam verhindert.
5. Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass der Zugang zu sauberem Trinkwasser durch die öffentliche Hand für alle gewährleistet ist.
6. Die Schweiz verzichtet auf die Unterscheidung von Steuerbetrug und -hinterziehung.
7. Die Schweiz verfolgt in Sachen Kriegsmaterialausfuhr und -zusammenarbeit eine sehr restriktive Politik.

JOSEFSTRASSE 32

Aktion «Familienangehörige»

(jb). Die EVP lebt von ihren Mitgliedern. Sie sind Stütze und Motor der Partei. Neben der ideellen und finanziellen Unterstützung helfen sie durch ihr ehrenamtliches Engagement mit, dass christliche Werte auch in Zukunft eine Rolle in der Schweizer Politik spielen können. Die EVP der Schweiz hat sich für das Jahr 2005 das ehrgeizige Ziel von 5000 Mitgliedern gesetzt. Bald ist das Jahr zu Ende und wir haben dieses Ziel leider noch nicht erreicht: heute zählt die EVP 4385 Mitglieder! Wir möchten Sie deshalb ermutigen, bis Ende Jahr Ihre Familienangehörigen zur Mitgliedschaft zu bewegen. Da dort die persönlichen Beziehungen bereits vorhanden sind, ist es sehr einfach, das Thema Mitgliedschaft anzusprechen. Packen wir es an!

TERMINE

- | | |
|-----------------------|---|
| 27. November 2005 | Volksabstimmung |
| 14. Januar 2006 | EVP Schweiz: Delegiertenversammlung abgesagt |
| 14. Januar 2006 | EVP Schweiz: Zentralvorstand |
| 20. - 22. Januar 2006 | *jev Schweiz, Davos: Mitgliederversammlung & Skiweekend |
| 12. Februar 2006 | Volksabstimmung abgesagt |
- weitere Termine unter www.evppev.ch

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei Schweiz (EVP) 12. Jahrgang, Nummer 4, November 2005
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:
EVP Schweiz, Joel Blunier

Adressen- und Aboverwaltung:
EVP Schweiz, Werner Rieder

EVP Schweiz:
Postfach 7334, 8023 Zürich
Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37
info@evppev.ch / www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Dr. Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier (Chefredaktion), Walter Donzé, Niklaus Hari, Walter Kienast, Beat Schmid, Heiner Studer, Margrit Wälti, Jakob Zoppi.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

KURZ & BUENDIG

Schnegg für Staub

Wechsel bei der Berner EVP: nach drei Jahren im Grossen Rat tritt Margrit Staub (Lyss) aus persönlichen Gründen zurück. Für sie kommt als erste Ersatzfrau in den Grossen Rat: Christine Schnegg, 39-jährige Familienfrau und Mutter von drei Kindern, derzeit erste Vizepräsidentin des Grossen Gemeinderates von Lyss.

EVP BL mit Sekretärin

Die EVP Kanton Basel-Landschaft richtet eine Sekretariatsstelle. Angestellt wird zu zehn Prozent Erika Gröflin aus Gelterkinden.

Willi Fischer präsidiert Riehen

Riehen bleibt in VEW-Hand: bei den Ersatzwahlen um die Nachfolge des verstorbenen Michael Reith wird Willi Fischer im zweiten Wahlgang zum neuen Gemeindepräsidenten von Riehen gewählt.

Coordinatrice Romande: Silvia Hyka

Die EVP Schweiz hat Silvia Hyka als neue Coordinatrice romande angestellt. Die 31-jährige Politikwissenschaftlerin und Mutter nahm ihr Amt per Mitte Oktober auf.

Anzeige

WIKON.
livenet.ch
...erfrischt!
News • Agenda • Adressen
Jobs • Forum • Webhosting
... am Puls der Zeit!
www.livenet.ch
Unser Tipp:
Top-Newsletter
Aktuelle News und geistliche Impulse
Livenet.ch – für engagierte Christen
Jesus.ch – für am Glauben Interessierte

WAHLEN BERN

AUF ANHIEB 4 SITZE

In Oberdiessbach stellt die EVP nach der ersten Wahlteilnahme gleich vier Behördenmitglieder.

(nh). Kein Jahr nach der Gründung zog die EVP Oberdiessbach am 25. September mit Walter Feuz gleich in die Exekutive ein. Ebenfalls gewählt wurden Elke Dietrich-Müller (bisher) und Daniel Frey (neu) in die Schul- sowie Werner Dummermuth (neu) in die Baukommission. Ebenfalls am 25. September wurden in Nidau die beiden bisherigen Stadträte Peter Lehmann und Philippe Messerli im Amt bestätigt, während die in Herzogenbuchsee zum ersten Mal angetretene EVP den angestrebten Sitz in der Sozialkommission nicht erreichte. In Jegenstorf konnte die EVP am 30. Oktober einen Sitz im Gemeinderat erringen: Jean-Claude

Mäder zieht in die 7-köpfige Gemeindeexekutive ein. Die drei Sitze in den Sozial- und Schulkommissionen konnten gehalten werden. Gleichentags fanden auch in Münsingen Wahlen statt: Alfred Steiner (neu) konnte den Sitz der EVP im siebenköpfigen Gemeinderat halten, Thérèse Rupp, Matthias Fischer und Katharina Baumann wurden im Grossen Gemeinderat bestätigt. Schliesslich wurde am 30. Oktober auch in Langnau i.E. gewählt: Martin Jutzi zieht neu in den Gemeinderat ein und verteidigt damit den Sitz der EVP. Im Grossen Gemeinderat konnte die EVP ein Mandat hinzugewinnen und stellt neu fünf Sitze.

WAHLEN AARGAU

BHEND: GUTE CHANCEN

In Oftringen hat Martin Bhend nach dem 1. Wahlgang gute Aussichten auf das Amt als Gemeindeammann. Nachfolgend ein Überblick über die Aargauer Gemeindewahlen 05.

(nh). Als Gemeindeammann werden bestätigt: Markus Kappeler in Uerkheim, Hans Bürge in Safenwil und Peter Rytz in Kölliken. In Wettingen wird Heiner Studer mit Glanzresultat als Vizeammann bestätigt, während Andreas Rufener, Andreas Erni (beide bisher) und Marie-Louise Reinert (neu) in den Einwohnerrat gewählt werden (minus ein Mandat). Einen schönen Erfolg erzielt Martin Bhend in Oftringen: Mit Bestresultat wieder in den Gemeinderat gewählt, liegt er nach dem ersten Wahlgang zum Gemeindeammann in Führung.

In Lenzburg wird Heidi Berner als Stadträtin bestätigt, während Esther Gebhard-Schöni nach einer Kampfwahl mit Bestresultat unter den Neugewählten in den Gemeinderat von Möriken-Wildegg einzieht. Als Gemeinderäte bestätigt werden Bernhard Wernli in Rothrist und Bruno Ellenberger

(parteilos, von der EVP portiert) in Gontenschwil. Ihren Stadtratssitz in Baden verliert die EVP leider, nachdem für den zurückgetretenen Martin Langenbach kein Ersatz gefunden werden konnte. Auch bei den Wahlen in den Badener Einwohnerrat verliert die EVP einen Sitz: gewählt wird neu Brigitte Müller-Kaderli.

Als Kreisschulrat wird Heinz Linder in Buchs wiedergewählt. Neu in die Schulpflege kommen Margrit Hunziker-Sturzenegger in Eggenwil und Madeleine Hochuli-Rösti in Reitnau. Als Mitglied der Schulpflege bestätigt werden Esther Brodmann in Brugg, Kurt Häfliger in Windisch, Daniel Frey in Lenzburg, Gertrud Schudel-Ulrich in Staufen, Peter Goldenberger in Schmiedrued, Marianne Hasler in Rothrist, Fritz Meier in Kölliken, Anita Bolliger-Bolleter in Zofingen und Paul Bhend in Oftringen.

EVP INFO ZH

100. AUSGABE

(nh). Die EVP Kanton Zürich feierte im September die 100. Ausgabe ihres Informationsorgans «EVPInfo» mit einer Sonderbeilage und einem Rückblick auf die vergangenen 99 Nummern und 25 Jahre Zürcher EVP-Geschichte. Seit September 1980 informiert das EVPInfo vierteljährlich über die Belange und Aktivitäten der Zürcher Partei und war damit die erste regelmässig erscheinende Informationsschrift der EVP Kanton Zürich. Anfänglich als Ergänzung zur Evangelischen Woche gedacht, hat sich das EVPInfo längst als eigenständige Stimme etabliert. akzente gratuliert und wünscht dem Zürcher EVPInfo und seinen Macherinnen und Machern viel jugendlichen Elan für die nächsten 25 Jahre!



EVP INFO TG

1. AUSGABE

(nh). Bis die EVP Thurgau die 100. Nummer ihres neuen EVP-Info herausgeben darf, dauert es noch ein Weilchen, doch die Startausgabe vom August überzeugt mit einem rundum erfrischenden Auftritt. Auf vier A4-Seiten informiert das jüngste EVP-Info über die eidgenössische und kantonale EVP-Politik und bleibt dabei ganz der Gügge-Identität der EVP verpflichtet: das Grusswort heisst «Güggerüggü», Aktuelles aus dem Grossen Rat wird unter «Frisch gschlupft» vorgestellt, ein Redaktionsmitglied in der Rubrik «Gegacker us em Hühnerstall» interviewt. Modern gibt sich die EVP Thurgau nicht nur im Layout, sondern auch mit der konsequenten Nennung der E-Mail-Adresse des Autors oder der Autorin unter jedem Artikel. akzente freut sich über das jüngste Küken in der EVP-Info-Hühnerschar!



A.Z.B.
8023 Zürich

Adressberichtigung melden

WAHLEN 2007

ZIEL FRAKTIONSSTÄRKE

In zwei Jahren finden die Nationalratswahlen statt. Das Ziel der EVP ist klar: aus eigener Kraft Fraktionsstärke erreichen. Ein neues Parteiprogramm, die Bildung eines nationalen Wahlkampfteams (team5) und die forcierte Expansion der Partei sollen dazu beitragen.

VON JOEL BLUNIER,
GENERALSEKRETÄR DER EVP

Bereits in der Woche nach den letzten Nationalratswahlen im Jahr 2003 hat die EVP der Schweiz ein aus allen Kantonalparteien zusammengestelltes nationales Wahlkampfteam gebildet. Der Name des so genannten «team5» ist Programm: am 21. Oktober 2007 soll die EVP erstmals in ihrer Geschichte aus eigener Kraft Fraktionsstärke erreichen. Mit fünf Sitzen im Nationalrat wird die EVP nicht nur im Parlament, sondern auch in den Medien eine grössere Beachtung finden. So präsentiert SF DRS in der Tagesschau heute zum Beispiel nur die Abstimmungsparolen derjenigen Parteien, welche aus eigener Kraft eine Fraktion bilden können. Schon nur deshalb will die EVP im 2007 zu den Gewinnern gehören!

Mit dem team5 auf Kurs

Das team5 steht unter der Leitung von Generalsekretär Joel Blunier und ist dafür zuständig, dass die kantonalen Wahlkämpfe koordiniert sind und die EVP schweizweit einen einheitlichen Auftritt erhält. Im Mai 2005 wurde deshalb das visuelle Erscheinungsbild der Partei (Corporate Design) überarbeitet. Das sanfte Redesign sollte die Wiedererkennung des bewährten Auftritts gewährleisten und gleichwohl eine neue Frische ausstrahlen. Auf Anfang 2006 wird dann auch die Webseite der Bundespartei in einem vollständig neuen Kleid und mit interaktiven Elementen aufgeschaltet. Wie bereits im 2003 soll im August 2007 wiederum ein grosses Parteifest als Wahlaufakt und Mobilisierungsevent organisiert werden.

Parallel zum grafischen Redesign hat eine 15-köpfige Kommission die grundlegende Überarbeitung des sechsjährigen Schwerpunkte-



Wer wird die EVP im Nationalrat neben Heiner Studer, Walter Donzé und Ruedi Aeschbacher vertreten? Wird erstmals eine Frau dabei sein?

programms in Angriff genommen. Ausgangspunkt bildete eine Basisumfrage bei den EVP-Mitgliedern sowie die Erarbeitung von Positionen in so genannten Fokusgruppen. Am 25. Februar 2006 wird das neue Programm nach mehreren internen Vernehmlassungsrunden an einem ausserordentlichen Parteitag in Thun verabschiedet werden. Die EVP will mit neuen und pointierter formulierten Forderungen in den Kernbereichen Familie, Wirtschaft und Finanzen, Umwelt und Energie, Schutz des Lebens sowie Soziales und Gesundheit ihre Positionierung als klare christliche Wertepartei verdeutlichen. Der neue Slogan «Christliche Werte. Menschliche Politik.» bringt dies in aller Kürze zum Ausdruck. Ebenfalls ist die Erarbeitung einer Wertecharta geplant, auf Basis derer sich die politischen Akteure wieder zur gemeinsamen Ausarbeitung von tragfähigen Lösungen finden können.

Expansion in die Romandie

Ein weiterer Schritt zur Fraktionsstärke ist die Expansion der Partei. Neben der Zunahme an Mitgliedern (+7 % seit den Wahlen 03) wird vor allem auch die Gründung

neuer Kantonal- und Ortsparteien forciert: In den letzten zwei Jahren wurden drei Kantonalparteien, elf Ortsparteien und letztes Jahr die Jungpartei *jevpe gegründet. Durch die immer überregionaler agierenden Medien ist eine landesweite Wahrnehmung der EVP von grosser Bedeutung. Insbesondere der Aufbau in der Westschweiz bildet ein wichtiger Schwerpunkt der Partei. Aus diesem Grund hat die EVP der Schweiz Mitte Oktober eine Coordinatrice romande zu 40% eingestellt. Die 31-jährige Politologin Silvia Hyka aus Lausanne ist neu zuständig für die Etablierung der EVP in der Romandie.

Fünf Sitze sind realistisch!

Hauptziel der EVP ist die Verteidigung der drei bisherigen Nationalratsmandate von Heiner Studer (AG), Ruedi Aeschbacher (ZH) und Walter Donzé (BE) sowie der Gewinn von je einem Mandat in den Kantonen Bern und Zürich. Somit wird die Partei ihre Hauptanstrengungen im Wahlkampf 2007 auf diese drei Kantone legen. Darüber hinaus wird die EVP aber in möglichst vielen weiteren Kantonen Listen einreichen.